

Warum ist es so wichtig wählen zu gehen?

Von Petra Bremser

Am 24. September 2017 ist die nächste Bundestags-Wahl. In der Bundesrepublik Deutschland ist bei Wahlen jede Stimme gleich viel wert, denn das Volk soll auch in seiner Gesamtheit gut repräsentiert sein. Das ist nur möglich, wenn jeder Wahlberechtigte auch wählt. Wenn nicht, senkt jede nicht abgegebene Stimme die Legitimierung unserer Volks-Vertreter! Wer das Land regiert, kann ganz schnell von einzelnen Stimmen abhängen. Im Zweifel genau von Ihrer.

Wir haben bei Neu-Isenburger Parteien zu diesem Thema nachgefragt – hier ihre Statements:



Wahlrecht ist Bürgerpflicht . . .

CDU

. . . so könnte man es überspitzt, aber sicher auch treffend formulieren. Haupt-Bestandteil unserer Demokratie, auf die wir alle so stolz sind und die sicher keiner von uns missen möchte, sind freie Wahlen ohne jede Beeinflussung. In Artikel 38 des Grundgesetzes steht, dass „die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt“ werden.

Insofern sind die freien Wahlen ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Sie funktioniert nur, wenn sich die Menschen in Form von Wahlen daran beteiligen. Umgekehrt ist politische Gleichgültigkeit oder Desinteresse an Wahlen auch Desinteresse an der Demokratie. Denn sehr schnell werden durch das Wegbleiben von Wählern extreme Parteien gestärkt und somit Ergebnisse erzielt, die die allermeisten Wahlberechtigten so nicht gewollt hätten.

Überall in der Welt wird für die Demokratie gekämpft. Wir haben in Deutschland sicher eine der besten und ausgereiftesten Demokratien weltweit. Bitte unterstützen Sie diese durch Ihre Stimme bei der Wahl zum nächsten Deutschen Bundestag.

Viele wichtige Weichenstellungen stehen an:

- Wie geht es mit Europa weiter? Schaffen wir es, unter wesentlicher Beteiligung der Deutschen Regierung das Haus Europa dauerhaft zu stärken oder verfallen wir wieder in eine Form der „Kleinstaaterei“?
- Wird der wirtschaftliche Aufschwung mit einer der geringsten Arbeitslosenzahlen in der Geschichte des Landes weiter anhalten?
- Wie wird es künftig um die Sicherheit in unserem Land bestellt sein? Hat sie in unserem Land weiterhin oberste Priorität oder muss sie hinter anderen Fragen, wie z. B. dem Datenschutz, anstehen?
- Schaffen wir es, den sozialen Frieden in unserem Land weiter zu fördern und dauerhaft zu stärken?
- Schaffen wir es durch manch notwendige Beschränkung sicherzustellen, dass wir heute nicht zu Lasten künftiger Generationen leben, bezüglich des Sozialstaats und des Umweltschutzes?

Diese und viele weitere Fragen gilt es zu lösen. Hier sind reale Lösungs-Ansätze gefragt und keine Wunsch-

vorstellungen radikaler Parteien, die keinerlei reale Aussicht auf Umsetzung haben. Die CDU hat über Jahrzehnte hinweg bewiesen, dass sie die notwendigen Lösungen hat, um unser Land gut, stabil und sicher zu regieren. Angela Merkel ist weltweit eine der anerkanntesten Regierungs-Chefinnen, die auch in der Europäischen Union eine herausragende Rolle einnimmt. Daher bitte ich Sie um Ihre Stimme für die CDU. Damit die Bundesrepublik Deutschland weiterhin stabil und sicher bleibt.

Stefan Schmitt
Vorsitzender CDU Neu-Isenburg



Mit Kopf und Herz . . .

SPD

Heute vor 100 Jahren wäre für Sie als Frau die Wahlurne tabu gewesen. Für Sie als Mann unter 25 im Zweifelsfall auch. Und Sie, die den Handwerksberuf Ihrer Vorväter ergriffen hätten? Selbst wenn Sie aus dem 1. Weltkrieg heimgekehrt wären: Großen Einfluss hätte das Dreiklassenwahlrecht bis 1918 auch Ihnen nicht beschert. Erst seit einem knappen Menschenalter gibt es in Deutschland das Grundgesetz. Und erst das beschützt uns wirklich gegen so einige Zumutungen, vor denen andernorts Menschen unter Lebensgefahr aus ihrer Heimat entfliehen. Eine ganz tolle Errungenschaft ist z. B. Artikel 38 Abs. 1: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Darum also geht es bei der Wahl am 24. September: Wer wahlberechtigt ist, hilft mit dabei, einen Kreis von Vertretern zusammenzustellen. Die dann mit Kopf und Herz dem Wohle Aller (nicht nur ihrer Wähler) zu dienen haben. Wobei ihnen Gerichte und Medien auf die Finger schauen. Eigentlich funktioniert dieses System der gegenseitigen Kontrolle auch gut. Läuft etwas schief, gibt es lautstarken Ärger. Das aber ist so ein bisschen wie mit der heilsamen Wirkung des Schmerzes nach einem Sturz – und deshalb nicht wirklich Grund zur Aufregung.

Alarmierend ist es, wenn eine längerfristige Entwicklung im allgemeinen Getöse untergeht, ohne die auch die beste Demokratie auf Dauer nicht bestehen bleiben kann: Nämlich die Gefährdung

eines guten, stabilen Sozialstaats. Für uns in der SPD ruht das Gemeinwesen ganz wesentlich auf Familie und Arbeit. Und dann heißt es in einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung, dass die Erwerbsarmut (trotz Beschäftigung) in der Bundesrepublik zwischen 2004 und 2014 stärker angestiegen ist, als in jedem anderen EU-Land. Für eine gute, gerechte Lastenverteilung spricht das nicht, oder? Ähnlich kritisch ist es, wenn mangels Rentenversicherung viele kleine Selbstständige im Alter kaum das Brot über Nacht haben werden.

Aber auch das ist keine Rechtfertigung dafür, sich verärgert vom Politikbetrieb abzuwenden. Denn zur Wahlurne gehen, sich zum Wahllokal fahren lassen oder per Briefwahl zu entscheiden, das bekommen wir Isenburger doch allemal hin! Andersherum: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Und DAS sollten wir unseren Kindern, aber auch unseren Vorfahren von vor 100 Jahren nicht antun.

Dr. Anette Hartung, SPD-Vorstand, Neu-Isenburg



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Es gibt Dinge in unserem Leben deren Wert man erst zu schätzen weiß, wenn man sie nicht mehr hat. Wir leben in Europa in einer Wohlstands-Oase. Immer weniger Menschen erinnern sich, dass unser Kontinent über Jahrhunderte von Kriegen und Willkürherrschaft bestimmt war, mit Hunger, Elend und Millionen von Toten. Unsere Mütter und Väter haben daraus gelernt und mit dem Grundgesetz eine demokratische Ordnung geschaffen - mit Rechten politischer Mitbestimmung für jeden Einzelnen von uns. Das heißt aber nicht, dass bei uns alles in Ordnung ist. Politik in einer demokratischen Grundordnung ist ein mühsames Geschäft. Es besteht oft aus zähen Kompromissen unter Abwägung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Interessen mit teilweise sehr ungleich verteilter Durchsetzungskraft verschiedener Interessengruppen. Auf dem träge dahingleitenden Tanker unseres politischen Systems gibt es Schiefagen und soziale Ungerechtigkeiten. Viele Menschen fühlen sich von der Politik ausgegrenzt und verstehen die komplexen Zusammenhänge nicht.

Nichtwählen aus politischer Resignation oder Wut ist aber keine Lösung. Beides ist Nährboden für Populisten, die den Menschen

vorgaukeln, man brauchte nur ein paar Hebel umlegen und die bessere Welt würde sich einstellen. Wohin das führt, erleben wir zurzeit in einigen Ländern, in denen demokratische Rechte erheblich eingeschränkt werden, oder sich der Weg in die Diktatur bedrohlich abzeichnet. Aber: Mit der Stimmabgabe allein ist es nicht getan. Demokratie lebt von den Aktiven in den Parteien und politischen Gruppen. Sie lebt von der Auseinandersetzung um die richtigen Entscheidungen. Wir GRÜNE wollen Politik aktiv gestalten. Im Bund und in Neu-Isenburg. Aus meiner Sicht geht es bei dieser Wahl um folgende wichtige Themen: Wie soll Europa weiter entwickelt werden? Wie wichtig ist der Klimaschutz? Wie, in welchem Umfang und wen soll das soziale Netz schützen? Was soll angesichts der steigenden Flüchtlingsbewegungen getan werden? Wie soll der technologische Fortschritt in der Landwirtschaft, im Verkehr und der Energieversorgung gestaltet werden?

Viele Schwerpunkte der Bundespolitik wirken sich wegen der Finanzierung auch in Neu-Isenburg aus. Das gilt vor allem für die für uns wichtigen Themen des Verkehrs: Wie schnell kommt die RTW? Wann können wir städtische Busse auf leisen und geruchsfreien Elektroantrieb umstellen?

Wählen zu dürfen in freien demokratischen Wahlen ist ein hohes Gut, um das uns viele Menschen auf dieser Welt beneiden. Wagen Sie Kritik, werden Sie politischer, nicht nur zur Wahl, sondern auch danach.

Nick Timm
Bündnis 90 / DIE GRÜNE



Warum soll man zur Wahl gehen?

FWG

Mühsam musste sich das deutsche Volk im Laufe seiner Geschichte das allgemeine Wahlrecht erkämpfen.

Noch vor weniger als hundert Jahren durften nur privilegierte Männer zur Wahl gehen.

Heute dürfen alle Deutschen über 18 Jahre die Mitglieder unseres Parlaments wählen. Diese Abgeordneten des Deutschen Bundestags bestimmen und kontrollieren dann für die nächsten vier Jahre unsere Bundesregierung.

Der einstige britische Premierminister Winston Churchill hat einmal gesagt, dass das parlamentarische Regierungssystem die schlechteste Regierungsform sei – mit Ausnahme ALLER anderen. Das Volk kann nämlich problemlos ohne Bürgerkrieg oder Blutvergießen seine jeweilige Regierung abwählen oder bestätigen.

Dazu braucht es keinen gewaltbereiten „Schwarzen Block“ oder Ähnliches.

Wer unzufrieden mit seinen Staatslenkern ist, hat mit dem allgemeinen Wahlrecht die Möglichkeit, seine Regierung auf friedliche Weise abzuwählen und einen politischen Wechsel herbeizuführen.

Wer weitgehend zufrieden mit der politischen Lage ist, wird vermutlich die amtierende Regierung bestätigen.

Seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 mit seinem im Grundgesetz festgeschriebenen parlamentarischen Regierungssystem gibt es bei uns im Gegensatz zu früheren Phasen unserer Geschichte keine nennenswerten gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen mehr.

Heute leben wir in Frieden und in einem bisher nie gekannten Wohlstand.

Eine Beteiligung an der Bundestagswahl am 24. September sollte daher eine staatsbürgerliche Pflicht und Selbstverständlichkeit sein.

Es ist falsch zu glauben, bei über 60 Millionen Wahlberechtigten komme es auf meine einzelne Stimme nicht an. Häufig werden in den einzelnen Wahlkreisen die Kandidaten nur mit denkbar knapper Mehrheit gewählt.

Jede Stimme zählt!

Gehen Sie bitte zur Wahl.

Bernd Totzauer
Freie Wählergemeinschaft Neu-Isenburg



Warum wählen gehen? Die da oben machen sowieso was sie wollen!

DIE LINKE.

So oder ähnlich reagieren viele Bürger, wenn es um das Thema Wahlen geht. Die Wahl- und Politikverdrossenheit vieler Menschen ist nachvollziehbar, die Gruppe der Nichtwähler wächst. Viele ziehen die Schlussfolgerung, dass alle Parteien korrupt sind und wählen nicht mehr. Nicht abgegebene Stimmen gehen im Gesamtbild verloren. Dann entscheiden Andere, wer mich vertritt. Dem dann getroffenen Votum kann ich mich – zumindest für die Wahlperiode – nicht entziehen. Wer selbst entscheiden will, wer ihn vertritt, muss seine Stimme abgeben.

Immer mehr Menschen bleiben auf der Strecke. Viele haben inzwischen Existenzängste, Angst vor Alter und Krankheit. Die Reichen werden immer reicher und die Armen ärmer. Während Rentner, abhängig Beschäftigte und Erwerbslose draufzahlen sollen, entziehen Banken und Großkonzerne dem Staat Millionen durch Steuer-Vermeidungsmodelle. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander.

Die Folgen:

- es leben immer mehr Kinder in Armut und die Personalsituation im Pflege und Gesundheitswesen ist katastrophal

- von der Rente können viele nicht leben und sind gezwungen zusätzlich zu arbeiten
- die Mieten steigen – besonders in den Ballungsgebieten. Es muss mehr Sozialwohnungen für Menschen mit geringem Einkommen geben
- das Leben ist – besonders für junge Menschen – nicht mehr planbar, da es für viele keine Jobsicherheit gibt
- gleiche Bildungschancen für alle sind nicht gegeben – Bildung darf kein Privileg für finanziell Bessergestellte sein

Man muss seine Stimme nutzen, um eine sozialgerechte Zukunft sowie Frieden für alle mitzugestalten. Wir kämpfen für den Erhalt der Grundrechte, für soziale Demokratie und Frieden. Sie steht für Gerechtigkeit, gute Renten, Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und bezahlbares Wohnen für alle.

Wer keine Lust auf ein „Weiter so“ der Politik der Großen Koalition hat, die soziale Probleme nur verwaltet, statt sie zu lösen, sollte am 24. September DIE LINKE wählen, um weiteren Sozial- und Demokratieabbau zu verhindern. Nur wer wählt, entscheidet selbst!

DIE LINKE Ortverband Neu-Isenburg
Renate Wisser / Edgar Schultheiss



Wählen gehen – ein selbstverständlicher Vorgang

Freie Demokraten
FDP

Wahlen verändern ja eh nichts? Ein Blick über den Atlantik, an den Bosphorus oder nach Großbritannien beweist dieser Tage das Gegenteil. In all diesen Ländern waren die Entscheidungen knapp, bis sehr knapp. Letztlich haben wenige Stimmen den Ausschlag über die Perspektiven vieler Millionen Menschen gegeben.

Und auch Deutschland steht am Scheideweg. Globale Entwicklungen wie Terrorismus, Klimawandel, Völkerwanderungen, aber auch die Digitalisierung stellen uns alle vor große Herausforderungen. Die Frage ist, wie wir als Deutsche darauf reagieren möchten. Gehen wir den Weg der ängstlichen Abschottung, des abwartenden Nichtstuns oder suchen wir nach mutigen Lösungen?

Bevorzugen wir einen allwissenden, überwachenden Staat, der für uns beschließt, wie wir zu leben haben oder möchten wir doch lieber in einer Gesellschaft agieren, die uns die Freiheit gibt, in Sicherheit und Verantwortung selbst über unseren Lebensweg zu bestimmen?

Sie haben das Recht zu entscheiden, wohin die Reise geht. Machen Sie davon Gebrauch!

Susann Guber
Vorsitzende
FDP Neu-Isenburg